

Presseinformation

Kiel, den 18. November 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoerendonk

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP47a Dringlichkeitsantrag zum rechtsextremen Terrorismus

Drs. 17/2000, 17/2001, 17/2012

In den letzten Tagen hören, sehen und lesen wir ständig darüber, und doch ist es wohl noch gar nicht richtig in die meisten Köpfe gedrungen. Es sprengt unsere Vorstellungskraft, dass neonazistische Terroristen 13 Jahre lang mordend durchs Land ziehen, ohne sich zu ihren Taten zu bekennen und ohne von den Behörden aufgriffen zu werden – und das obwohl die Personen seit 1999 zur Fahndung ausgeschrieben sind. Schlimmer kann es kaum noch werden. Für Deutschland dürften diese Tage sich in der Nachschau als eine Zäsur erweisen, wie sie der September 2001 in der Frage des islamischen Terrorismus gewesen ist.

Der Schock sitzt tief und schnell hat wieder innenpolitischer Aktionismus um sich gegriffen. Eine Woche nach der Veröffentlichung sind längst Patentlösungen auf dem Markt. Bei allen Debatten über Behörden, Register und Fahndungsmethoden darf aber nicht aus dem Blick geraten, worum es hier eigentlich geht. Es geht um unschuldige Menschen, die kaltblütig von ideologisch verblendeten Psychopathen ermordet wurden.

Es ist unerträglich, dass Menschen, die sich dafür entschieden haben, in Deutschland zu leben, jetzt Angst haben. Niemand soll sich in diesem Land weniger sicher fühlen müssen, weil er nicht in diesem Land geboren ist, weil er anders aussieht oder anders heißt als die Mehrheit in diesem Land. Und niemand soll befürchten müssen, dass er für seine eigene Ermordung mitverantwortlich gemacht wird, weil die Polizei keine andere Erklärung finden kann als dass er Ausländer ist – dass die planlosen Ermittlungsbehörden auf das Stereotyp von den Schutzgelderpressern vom Bosporus zurückgreifen, die Dönerverkäufer ausnehmen. Wir wollen in Zukunft alles dafür tun, dass Einwanderer und ihre Nachfahren in Deutschland genauso sicher leben wie alle Anderen. Das ist die politische Botschaft, die in der Hitze des technokratischen Gefechts um Parteienverbote und Register nicht untergehen darf.

Gerade weil in diesem Fall so furchtbar viel schief gelaufen ist und die Täter sich so viel anders verhalten haben, ist es falsch, dass nun mit den bewährten politischen Reflexen reagiert wird, bevor eine Analyse erfolgt ist. Die beste Garantie dafür, dass sich so etwas nicht wiederholt ist nicht eine schnelle, sondern eine wohlüberlegte politische Reaktion. Die Politik muss jetzt nicht rohe Stärke sondern Geschicklichkeit zeigen und erst einmal Fragen stellen. Wir brauchen eine neue Debatte über Effizienz und Ausrichtung unseres Verfassungsschutzes. Wir müssen uns fragen, wie viel die Leute, die unser Grundgesetz schützen sollen, eigentlich von dem ganzen verstanden haben. Wir brauchen auch eine Debatte darüber, wie die Verzahnung von Polizei- und Verfassungsschutzarbeit verbessert werden kann. Und: Wir müssen uns nicht zuletzt abermals fragen, was wir tun müssen, um das rechte Gedankengut allgemein einzudämmen.

Was wir aber überhaupt nicht brauchen, ist die reflexartige Wiederbelebung alter Patenrezepte. Es bringt den verunsicherten Einwandererfamilien nichts, wenn diejenigen, die schon immer die NPD verbieten wollten, jetzt das NPD-Verbot als Lösung propagieren. Es hilft ihnen nicht, wenn Politiker, die immer schon für die Vorratsdatenspeicherung waren, diese wieder einmal als Heilmittel fordern, oder wenn jene, die den Verfassungsschutz noch nie mochten, ihn jetzt abschaffen wollen. Es geht jetzt auch nicht darum, den Informationshunger der Medien zu

stillen oder den stahlharten Politiker zu markieren, es geht darum dieses Problem langfristig zu lösen. Auch für den SSW ist unerträglich, dass der NPD im politischen Raum die Möglichkeit gegeben wird, ihre nazistische Propaganda loszuwerden. Wir glauben aber nicht daran, dass wir mit einem NPD-Verbot diesen braunen Sumpf austrocknen und solche Taten verhindern können. Dies gilt umso mehr, als die Thüringer Terroristen sich ja nicht vollkommen unsichtbar gemacht haben, obwohl sie seit über zehn Jahren polizeilich gesucht wurden. Es geht jetzt um den Grad an Aufmerksamkeit, den die Sicherheitsbehörden den Rechtsextremisten widmen, und es geht um viel mehr Menschen, die die Mörder unterstützt, gedeckt und nicht verpfiffen haben. Rechtes und fremdenfeindliches Gedankengut steckt in viel mehr Köpfen als nur dem harten Kern der Neonazis, deshalb lässt sich dieses Problem nicht durch Register oder ein Parteienverbot lösen.

Die vorliegenden Anträge enthalten viele richtige Fragen. Es ist wichtig aufzuklären, ob wir in Schleswig-Holstein auch Leichen im Keller haben, wie es die Grünen wollen. Es ist richtig, nach den allgemeinen Kampagnen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu fragen, wie es die SPD macht. Es ist berechtigt, einen transparenteren staatlichen Umgang mit der Extremismusbekämpfung zu erwägen, wie es die Linke macht. Die Antworten sollten wir mit der gebotenen Gründlichkeit im Innen- und Rechtsausschuss suchen.